

## Informationszentrum Asyl und Migration

# Briefing Notes

17. Dezember 2012

### **Afghanistan**

#### **Sicherheitslage**

Am 13.12.12 wurden bei einem Selbstmordanschlag der Taliban vor einem NATO-Stützpunkt nahe des Flughafens von Kandahar (Südafghanistan) zwei Zivilisten und ein US-Soldat getötet und 17 Zivilisten sowie vier Soldaten verletzt. Der Angreifer zündete sein mit Sprengstoff beladendes Auto, als gerade ein Konvoi in den Stützpunkt einfuhr. In der ostafghanischen Provinz Nangarhar starben am 17.12.12 zehn Mädchen im Alter von neun bis elf Jahren bei der Explosion einer Landmine. Die Kinder haben beim Sammeln von Brennholz den Sprengsatz ausgelöst. Die Mine stammte vermutlich noch aus den Zeiten des sowjetischen Afghanistan-Feldzugs.

Vom 01.08.12 bis 31.10.12 hat es, so die Vereinten Nationen, 4.801 sicherheitsrelevante Vorfälle gegeben. Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres seien dies 14 % weniger. 70 % der Vorfälle hätten sich im Süden und Osten ereignet. Entgegen dem insgesamt rückläufigen Trend gebe es in den südlichen und östlichen Provinzen Kandahar, Kunar, Nangarhar, Logar und Wardak mehr Vorfälle, ebenso in der nördlichen Provinz Faryab. Die Zahl ziviler Opfer sei vom 01.08.12 bis 31.10.12 gegenüber dem Vergleichszeitraum 2011 um 28 % auf 2.557 gestiegen.

### **Pakistan**

#### **Amnesty International berichtet von Menschenrechtsverletzungen der Armee und der Taliban**

Am 13.12.12 veröffentlichte Amnesty International einen Bericht („The Hands of Cruelty“: Abuses by Armed Forces and Taliban in Pakistan’s Tribal Areas) über menschenrechtswidriges Verhalten der pakistanischen Sicherheitskräfte und der Taliban im Grenzgebiet zu Afghanistan. Darin wird insbesondere von willkürlichen Festnahmen, Folter und Verschwindenlassen durch die Armee berichtet. Den Taliban werden unter anderem willkürliche Angriffe auf unbeteiligte Zivilisten, die Hinrichtung gefangener Soldaten, angeblicher Spione sowie Folter und Entführungen vorgeworfen.

Die pakistanische Regierung wird aufgefordert, die Sondervollmachten der Armee (Actions in Aid of Civil Power Regulations 2011) zu widerrufen, die Stammesgebiete dem pakistanischen Recht und der Zuständigkeit des Parlaments zu unterstellen, statt weiterhin die Regeln der Frontier Crimes Regulations aus der Kolonialzeit anzuwenden. Ferner wird gefordert, menschenrechtswidrige Übergriffe sowohl des Militärs als auch der Taliban zu ahnden.

Ein Sprecher der pakistanischen Armee wies den Bericht von Amnesty International umgehend zurück. Es handele sich um eine Sammlung von Unwahrheiten, die Teil einer böswilligen Propagandakampagne gegen die Streitkräfte seien.

#### **Karachi – gewaltsame Tötungen**

Am 13.12.12 wurden getötet: ein Polizist im Stadtteil Baldia Town auf seinem Weg zur Arbeit, ein Aktivist der Partei Muttahida Quami Movement im Gebiet Paper Market in Nähe des Stadtzentrums, ein Zöllner mit seinem Neffen in dem Gebiet Labour Colony (Stadtteil Landhi), ein Führer des Bengali Action Committee in Al-Noor Society (Stadtteil Gulberg), ein Ladeninhaber in Mithadar (Saddar Town) und je eine Person in Rasheedabad (Baldia Town), bei Allah Wali Chowrangi (Jamshjed Quarters), im Gebiet Rizvia Society

(Liaquatabad Town) und in Gulitan-e-Jauhar. Ein Zusammenhang zwischen den Taten ist unwahrscheinlich. In allen Fällen sind die Täter unbekannt.

Am 12.12.12 explodierte ein Sprengsatz im Stadtteil Landhi von Karachi. Die Täter sind nicht bekannt. Am selben Tag erschossen Unbekannte im Gebiet Rasheedabad des Stadtteils Baldia Town zwei Personen und verletzten acht. Bei einem anderen Zwischenfall wurde ein Polizist im Gebiet Ittehad Town (Stadtteil Baldia Town) von Unbekannten erschossen. Ebenfalls Unbekannte erschossen einen Arzt in einem Geschäft für medizinische Artikel im Gebiet Zia Colony des Stadtteils Korangi.

Am 10.12.12 starben zwei Ranger und ein Verkehrspolizist am Kontrollpunkt Ali Asif in der Nähe des Superhighways durch Schüsse von Unbekannten.

### **Belutschistan – gewaltsame Tötungen**

Am 13.12.12 haben Bewaffnete auf Motorrädern das Feuer im Qandari Bazar, Quetta eröffnet und verwundeten drei Menschen schwer. Mindestens zwei der Opfer sind Angehörige der schiitischen Minderheit der Hazara. Bei einem ähnlichen Vorfall wurde ein Hazara in Quetta erschossen. Ein Mann starb bei einem Feuerüberfall auf eine Schneiderei in der Sarki Road. Zudem wurde ein Arzt im Mastung-Distrikt, ca. 25 km südlich von Quetta erschossen. Die Täter sind in allen Fällen nicht bekannt.

### **Bombenanschlag auf Parteitreffen der Awami National Party**

Am 10.12.12 explodierte eine Bombe am Versammlungsort der Awami National Party (ANP) in Kulladher (Distrikt Charsadda, nahe Peshawar). Sieben Personen, darunter zwei Polizisten, wurden verletzt. Die Veranstaltung hatte noch nicht begonnen. Die pakistanischen Taliban (TTP) übernahmen durch einen ihrer Sprecher, Ehsanullah Ehsan, die Verantwortung. Dies sei nur der Beginn derartiger Aktionen gegen die Parteien ANP und Muttahida Quami Movement. Der Grund liege in der säkularen Ausrichtung der Parteien. Sie sollten von derartigen Veranstaltungen absehen. Dieser Forderung dürften die Parteien nicht nachkommen, zumal im nächsten Frühjahr Parlamentswahlen anstehen.

## **Syrien**

### **Anhaltende Kämpfe**

Nach Medienberichten haben die Regierungstruppen eine Offensive eingeleitet, um die Umgebung von Damaskus wieder unter Kontrolle zu bekommen. Am 16.12.12 soll es bei Bombenangriffen auf Damaskus in einer Moschee mindestens 25 Tote gegeben haben. Es wurden mehrere Stadtteile bombardiert, darunter der Stadtteil Jarmuk, in dem sich bis zum Ausbruch der Kämpfe das größte palästinensische Flüchtlingslager befand. Dort haben seither auch viele Syrer Zuflucht gesucht. Der Führer der „Volksfront für die Befreiung Palästinas – Generalkommando (PFLP-GC)“, Ahmed, soll sein Hauptquartier in Jarmuk verlassen und sich in die Küstenstadt Tartus begeben haben. Die Palästinenser sind zunehmend zwischen die Fronten geraten. Ein Teil – wie Dschibril – unterstützt das Regime, ein anderer die Aufständischen.

Nach Angaben der in London ansässigen Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte vom 11.12.12 wurden bei Angriffen auf das von Alawiten bewohnte Dorf Akrab (Provinz Hama) mindestens 125 Menschen getötet oder verletzt. Es ist noch nicht klar, ob Rebellen oder regierungstreue Shabiha-Milizen für den Angriff verantwortlich sind.

Im Norden gab es tagelange schwere Gefechte um eine der größten Militäarakademien, die als letzte bedeutende Stellung der Armee in der Region um die Stadt Aleppo galt. Inzwischen sollen Rebellen die Infanteriebasis Muslimijeh eingenommen haben. Landesweit ist von mindestens 270 Toten die Rede.

### **Forderungen nach Zusammenarbeit von Regime und Rebellen auch von Iran**

Der wichtigste Verbündete des syrischen Regimes, Iran, hat sich für eine Verfassungsreform und Wahlen ausgesprochen. Iran forderte die Rebellengruppen und die syrische Regierung auf, ein „Nationales Versöhnungskomitee“ zu schaffen, das die Bildung einer Übergangsregierung vorbereiten solle. Alle Kampfhandlungen seien einzustellen und die Wirtschaftssanktionen aufzuheben. Später sprach sich der syrische Vizepräsident Faruk al-Scharaa gegenüber der libanesischen Zeitung „al-Akhbar“ für die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit zur Beendigung des Bürgerkrieges aus, da keine der beiden Seiten den Krieg gewinnen könne.

### **Oppositionsbündnis aufgewertet/Westen erwartet baldiges Ende des Regimes**

Nach der EU am 10.12.12 erkannte auch der amerikanische Präsident Obama am 11.12.12 den syrischen Oppositionsblock „Syrische Nationale Koalition“ (National Coalition for Syrian Revolutionary and Opposition Forces) als „legitime Vertretung des syrischen Volkes“ an. Die EU wertete das Bündnis, das sie noch im November 2012 als „legitime Vertreter der Hoffnungen des syrischen Volkes“ bezeichnet hatte, damit auf. Am 12.12.12 schlossen sich die Teilnehmer eines Treffens von Vertretern von 114 Staaten und 14 internationalen Organisationen (internationale Syrien-„Freundesgruppe“ oder auch „Freunde Syriens“) im marokkanischen Marrakesch diesem Vorgehen an und beschlossen, die Opposition offiziell anzuerkennen. Der Nato-Generalsekretär Rasmussen sagte am 13.12.12, dass er von einem baldigen Ende des Regimes ausgehe. Ähnlich sehen dies die USA.

### **USA sieht al-Nusra-Front als ausländische Terrororganisation**

Am 11.12.12 wurde ein von der amerikanischen Außenministerin Clinton unterschriebener Erlass vom 20.11.12 bekannt, nach dem die al-Nusra-Front als „ausländische Terrororganisation“ eingestuft wird, da sie eine Verbündete des Terrornetzwerkes der al-Qaida im Irak sei. Die extremistische Organisation hatte in der jüngsten Vergangenheit die Verantwortung für mehrere Selbstmordattentate in Syrien mit zahlreichen Toten übernommen. Sie lehnt die im November 2012 gebildete Syrische Nationale Koalition als Vertretung der Opposition ab und fordert die Bildung eines streng islamischen Staates. In Syrien wächst die Kritik an dieser Entscheidung der USA.

### **EU und Deutschland stocken humanitäre Hilfe auf**

Die Europäische Kommission kündigte an, ihre humanitäre Hilfe für die syrische Bevölkerung um weitere 30 Millionen Euro auf 126 Millionen Euro aufzustocken. Innerhalb Syriens wurden aufgrund des Bürgerkrieges mehr als 1,2 Millionen Personen vertrieben. In die Nachbarländer ist fast eine halbe Million geflohen. Vor dem Treffen der internationalen Syrien-Freundesgruppe in Marrakesch kündigte der deutsche Außenminister an, die deutsche Hilfe für Opfer des Syrien-Konflikts um weitere 22 Millionen Euro auf insgesamt mehr als 90 Millionen Euro aufzustocken.

## **Türkei**

### **Zahlreiche Festnahmen bei KCK-Operationen**

Im Zusammenhang mit den Untersuchungen gegen die PKK-nahe Organisation „Koma Civakên Kurdistan“ (KCK, Dachverband Union der Gemeinschaften Kurdistans) wurden am 08.12.12 bei zeitgleichen Operationen der türkischen Sicherheitskräfte unter Leitung der Generalstaatsanwaltschaft von Diyarbakir in Siirt, Batman und Mardin 85 Verdächtige festgenommen. Unter ihnen ist der Bürgermeister der Stadt Siirt, Selim Sadak. Nach zwei Tagen wurde ein Teil der Verdächtigen, darunter Sadak, gegen Auflagen wieder auf freien Fuß gesetzt, 48 von ihnen sind weiterhin in Haft.

## **Israel/Palästinensische Autonomiegebiete**

### **Anti-Boycott-Gesetz gegen Siedlungen vom Obersten Gerichtshof außer Kraft gesetzt**

Nach Meldung der „Jerusalem Post“ hat der israelische Oberste Gerichtshof das umstrittene Gesetz zur Bestrafung von Boykottaufrufen gegen Siedlungen im Westjordanland vorerst außer Kraft gesetzt. Das Gericht wies die Regierung von Ministerpräsident Benjamin Netanyahu an, bis spätestens 14.03.13 Gründe zu benennen, die gegen eine Aufhebung des Gesetzes sprächen. Damit sei das Hauptargument der Regierung, das Gesetz werde bisher gar nicht angewandt, für nichtig erklärt worden. Nach Ansicht von Menschenrechtsgruppen wie Gush Shalom, die gegen das Gesetz klagen, verletzt das Gesetz das Recht auf freie Meinungsäußerung. Zugleich nehme es den Palästinensern in Ostjerusalem das Recht, gegen die israelische Besatzung zu protestieren.

Das in Israel wie international kritisierte Gesetz wurde im Juli 2011 von der Knesset verabschiedet. Danach muss mit einer Strafe von umgerechnet bis zu 10.000 € rechnen, wer zum Boykott von Waren aus Siedlungen aufruft oder sich dafür einsetzt, die Siedlungen zu meiden. Überdies kann – was noch schwerer wiegt – Schadenersatz für Boykott-Aufrufe verlangt werden, ohne dass die Höhe des Schadens nachgewiesen werden muss.

### **Reaktion auf Anerkennung der Palästinenser als UN-Beobachterstaat: Israel stoppt Zahlungen**

Israel wird nach Worten von Außenminister Lieberman die Weiterleitung von Steuern und Zöllen an die bereits hoch verschuldete Palästinensische Autonomiebehörde für vier Monate aussetzen. Als Reaktion auf die von Israel abgelehnte Anerkennung der Palästinenser als UN-Beobachterstaat hatte Jerusalem bereits 460 Millionen Schekel (92 Millionen €) einbehalten. Die Gelder, die Israel für die Palästinenser einnimmt, würden nicht zurückgehalten, sondern mit Stromschulden verrechnet, so Lieberman. Die Palästinenser schuldeten Israel insgesamt 1,6 Milliarden Schekel. Sobald diese Schulden abgetragen seien, werde Israel entscheiden, ob es die Zahlungen wieder aufnehme. Verbündete Israels wie die USA und die EU hatten Israel ausdrücklich gewarnt, die Zahlungen nicht zu unterbrechen, da sonst der Zusammenbruch der Autonomiebehörde mit unabsehbaren Folgen drohe.

## **Irak**

### **Christen**

Nach einer Meldung von Radio Vatikan hat der chaldäische Erzbischof von Kirkuk die westlichen Länder um Hilfe für die Christen in Irak gebeten. Zugleich habe er sich aber auch gegen neue Aufnahmeprogramme für irakische Christen im Ausland gewandt. Hierdurch förderten Länder wie Frankreich, Deutschland, Schweden oder Australien ungewollt die Flucht und Abwanderung von Christen. Er forderte stattdessen Hilfs-, Bildungs- und Landwirtschaftsprojekte für Christen in Irak. Auch der irakische Ministerpräsident Al Maliki forderte, alles zu unterlassen, was Christen zur Auswanderung ermutigen könnte.

## **Ägypten**

### **Knappe Zustimmung für Verfassungsentwurf in der ersten Runde**

Bei der Volksabstimmung am 15.12.12 über die neue Verfassung in zehn Provinzen des Landes, darunter in Kairo, zeichnet sich eine knappe Mehrheit für den islamistisch geprägten Entwurf ab. Nach Angaben der Freiheits- und Gerechtigkeitspartei der Muslimbruderschaft stimmten ca. 56,5 % der Wahlberechtigten für den Entwurf. In Kairo lehnte nach übereinstimmenden Angaben der Islamisten und der Opposition die Mehrheit der Stimmberechtigten den Verfassungsentwurf ab. Die Opposition beklagte zahlreiche Verstöße gegen das Wahlrecht. Sie fordert eine Wiederholung des Referendums. Es seien Wähler eingeschüchtert, Wahllokale vor der angekündigten Zeit geschlossen und Beobachter am Betreten der Wahllokale gehindert worden. Die Wahlbeteiligung soll nur bei etwa 33 % gelegen haben. Das amtliche Ergebnis wird erst nach der Abstimmung in den übrigen 17 Provinzen (am 22.12.12) bekannt gegeben. Für den 16.12.12 rief die Opposition zu landesweiten Protesten auf.

## **Mali**

### **Neue Regierung**

Der seit April amtierende Chef der Übergangsregierung, Cheick Modibo Diarra, wurde in der Nacht zum 11.12.12 von Soldaten festgenommen. Sie handelten auf Befehl von Hauptmann Amadou Haya Sanogo, einem der führenden Köpfe des Militärputsches vom März 2012. Wenige Stunden nach seiner Festnahme gab Diarra am 11.12.12 im nationalen Fernsehen seinen Rücktritt und den der Regierung bekannt. Bereits am Abend des 11.12.12 ernannte Übergangspräsident Dioucondou Traore den neuen Regierungschef Django Sissoko. Am 15.12.12 hat Sissoko sein neues Kabinett vorgeschlagen. Die Armee, die den bisherigen Ministerpräsidenten Diarra zum Rücktritt gezwungen hatte, wird mit vier Ressorts, darunter Verteidigung und Innere Sicherheit, großzügig bedacht. Neu hinzugekommen sind drei Ministerposten für jede der Regionen im Norden, die seit Beginn dieses Jahres von radikalen Islamisten besetzt sind.

## **DR Kongo**

### **Verstärkte Truppenkonzentrationen im Gebiet von Goma**

Unter Berufung auf Zeugenangaben berichtete die „New York Times“ am 16.12.12, dass kürzlich mehrere Lastwagen voller ruandischer Soldaten die kongoliesisch-ruandische Grenze passiert und innerhalb eines Umkreises von 20 Meilen rund um Goma (Hauptstadt der ostkongoliesischen Provinz Nord-Kivu) ihr Lager aufgeschlagen hätten. Laut Angaben von Mitarbeitern von Hilfsorganisationen in Goma habe auch die kongoliesische Armee ihre Stellungen in den letzten Tagen mit Panzern, schwerer Artillerie und Angehörigen der mit ihr verbündeten Milizen verstärkt. Zu diesen soll auch die bisher von der Regierungsarmee bekämpfte Hutu-Miliz FDLR („Demokratische Kräfte zur Befreiung Ruandas“) zählen.

Die am 09.12.12 begonnenen Gespräche in der ugandischen Hauptstadt Kampala zur Beilegung des Konflikts zwischen der kongoliesischen Regierung und den M23-Rebellen sind schon kurz nach ihrem Beginn u.a. wegen Uneinigkeit über die Tagesordnung ins Stocken geraten; sie sollen laut ugandischen Pressemeldungen vom 17.12.12 aber diese Woche fortgeführt werden.

Goma war am 20.11.12 von Kämpfern der M23-Rebellen mit – so die Vereintane Nationen – Unterstützung durch ruandische Soldaten erobert worden. Am 01.12.12 zogen sich die Rebellen auf Positionen 20 km nördlich der Stadt zurück, nachdem die kongoliesische Regierung unter Vermittlung der Regionalorganisation ICGLR (Internationale Konferenz der Region der Großen Seen) u.a. eingewilligt hatte, mit den Rebellen direkte Gespräche über ihre Forderungen aufzunehmen. Von den insgesamt 914.000 Binnenvertriebenen in der Provinz Nord-Kivu wurden etwa 500.000 Menschen neu vertrieben, vor allem durch die Auseinandersetzungen zwischen der Regierungsarmee und den M23-Rebellen seit April 2012.

## **China**

### **Todesurteile für uigurische Flugzeugentführer**

Ein Gericht in der Präfektur Hotan (Autonome Uigurische Region Xinjiang) verurteilte am 11.12.12 drei Uiguren zum Tode und einen weiteren zu lebenslanger Haft. Ihnen wird u.a. vorgeworfen, als Mitglieder einer Terrororganisation am 29.06.12 versucht zu haben, ein Passagierflugzeug kurz nach dem Start in der Stadt Hotan zu entführen. Crewmitglieder und Passagiere überwältigten die sechs Attentäter. Zwei wurden verletzt und starben in der Haft.

## **Myanmar**

### **Landesweite Proteste von Mönchen**

Das gewaltsame Vorgehen von Sicherheitskräften gegen Demonstranten führte vergangene Woche zu landesweiten Protesten buddhistischer Mönche. Die Proteste erinnerten an die Anfänge der „Safran-Revolution“ von 2007. Den Hintergrund der Aktionen bildet ein Bergbauprojekt in der Sagaing Division. Sicherheitskräfte hatten am 29.11.12 mehrere Lager aufgelöst, die Protestierende vor der Letpadaung-Mine aufgeschlagen hatten. Dabei wurden mehr als 100 Personen verletzt, darunter zahlreiche Mönche. Die Behörden entschuldigten sich zwar für die Übergriffe, doch ging dies den Mönchen nicht weit genug. Daraufhin kam es in Rangun, Mandalay und anderen Städten zu Demonstrationen von Mönchen und Laien. Mehr als 1.000 Mönche forderten am 12.12.12 in Mandalay von der Regierung, sich für die Übergriffe zu entschuldigen, die Verantwortlichen zu bestrafen und Demonstranten freizulassen. Man kündigte an, täglich zu demonstrieren, bis die Forderungen erfüllt seien. Regierungsvertreter überbrachten am 15.12.12 verletzten Mönchen in einem Krankenhaus in Mandalay eine offizielle Entschuldigung der Regierung.

## **Russische Föderation**

### **Selbstkritik der Opposition nach Protest in Moskau**

Die russische Opposition, so die Süddeutsche Zeitung, hat mit deutlicher Selbstkritik auf die ungenehmigte Protestkundgebung reagiert, bei der am 15.12.12 in Moskau Dutzende Regierungskritiker festgenommen wurden. „Die Aktion war schlecht geplant“, sagte Ljubow Sobol, Mitglied des Koordinationsrates der Oppo-

sition. Ilja Jaschin, einer der bekanntesten Vertreter der oppositionellen Protestbewegung, erklärte, „wir beobachten eine gewisse Müdigkeit; die Menschen hoffen auf ein schnelles Ergebnis. Aber man muss sie darauf einstellen, dass es nicht um einen Sprint geht, sondern um einen Marathon.“ Als Konsequenz soll der nächste Massenprotest in Moskau erst wieder im nächsten Frühjahr stattfinden. Jaschin gehört wie der Blogger und Korruptionsbekämpfer Alexej Nawalny, Linksfront-Chef Sergej Udaltow und die Fernsehmoderatorin Xenia Sobtschak zu den bekannten Gesichtern der Straßenproteste. Alle vier wurden am 15.12.12 beim Protestmarsch für einige Stunden festgenommen. Insgesamt nahm die Polizei 40 Demonstranten in Gewahrsam. Sie müssen nach der Verschärfung des Versammlungsgesetzes mit hohen Geldstrafen von bis zu 7.000 Euro rechnen. Die Kundgebung am 15.12.12 auf dem Moskauer Lubjanka-Platz war nicht genehmigt worden, da sich Behörden und Organisatoren nicht auf eine Marschrouten einigen konnten. Trotzdem kamen mehrere Tausende, um gegen Putin zu demonstrieren und sich anschließend an einem Gedenkstein bei der Zentrale des Inlandsgeheimdienstes FSB zu versammeln, der an die Opfer der sowjetischen Repressionen erinnert.

Der Protest gegen den Regierungskurs von Präsident Putin sollte eigentlich an den Beginn der Demonstrationswelle in Russland vor einem Jahr erinnern. In den vergangenen Monaten hat die Protestbereitschaft allerdings stark nachgelassen.